



Prof. Dr. Martin Kroh, Stellvertretender  
Direktor der Infrastruktureinrichtung  
Sozio-ökonomisches Panel am DIW Berlin

## SIEBEN FRAGEN AN MARTIN KROH

# »Arme und Arbeitslose zeigen geringeres politisches Interesse«

1. Herr Kroh, Sie haben die Ungleichheit der politischen Beteiligung in Deutschland untersucht. Welche Personengruppen zeigen mehr und welche weniger politisches Engagement? Unser Fokus lag auf Personen in wirtschaftlich prekären Lagen. Deshalb haben wir Arbeitslose und Personen, die von Armut betroffen sind, mit Erwerbstätigen beziehungsweise Personen oberhalb der Armutsrisikoschwelle verglichen. Dabei kann man feststellen, dass Arbeitslose und Personen, die von Armut betroffen sind, politisch weniger interessiert und weniger aktiv sind als die restliche Bevölkerung. Das deckt sich mit Befunden der vergangenen Jahrzehnte aus vielen westlichen Ländern.
2. Wie groß ist dieser Effekt? Wenn man davon ausgeht, dass nach unserer Messung von politischer Mitarbeit, also Mitarbeit in Parteien, Bürgerinitiativen oder Kommunalpolitik im Durchschnitt der Bevölkerung etwa zehn Prozent beteiligt sind, sind es bei Arbeitslosen oder Personen, die von Armut betroffen sind, ungefähr sechs Prozent. Beim politischen Interesse ist mindestens ein Drittel der Bevölkerung politisch sehr stark interessiert. Bei Arbeitslosen und von Armut Betroffenen ist das vielleicht ein Viertel.
3. Wie ist das zu erklären? Es gibt eine Reihe von theoretischen Erklärungsansätzen für diesen Zusammenhang. Manche sehen die Ursachen in der Beschränkung der ökonomischen Ressourcen und der Zugänglichkeit von politischer Partizipation oder auch Rekrutierungsnetzwerken, von denen zum Beispiel arbeitslose Personen stärker ausgeschlossen sind. Naturgemäß trifft man weniger auf Betriebsräte und Gewerkschaften, wenn man von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Eine andere Gruppe von Erklärungsansätzen geht eher auf die sozialpsychologischen Folgen ein. Die These ist, dass sich Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, aus sozialen Netzwerken zurückziehen.
4. Ist das geringere politische Interesse direkt auf Armut oder Arbeitslosigkeit oder eher auf die soziale Herkunft zurückzuführen? Nach unseren Befunden bestehen ge-

wisse Zweifel an den Theorien und Erklärungsansätzen, die ich zuvor genannt habe, da sie alle unterstellen, dass ein Rückgang des Engagements eintreten sollte, sobald Personen in Arbeitslosigkeit beziehungsweise Armut geraten. Wenn man jedoch Wiederholungsbefragungen der Analyse zugrunde legt, dann stellt man fest, dass das Niveau der politischen Beteiligung bei diesen Personen sehr gleichbleibend ist. Es ist also nicht so, dass sie mit Eintritt in die Arbeitslosigkeit ihr Engagement verringern. Das wiederum deutet darauf hin, dass die Gründe für diesen statistischen Zusammenhang doch in Ursachen zu suchen sind, die vor diesen Ereignissen liegen, wie zum Beispiel der sozialen Herkunft.

5. Wie hat sich der Ungleichheitsgrad der politischen Beteiligung in den letzten Jahren entwickelt? Es gibt diesbezüglich keinen gradlinigen Trend. Seit der Wiedervereinigung ist aber ein leichter Anstieg festzustellen, der jedoch in den letzten zwei, drei Jahren wieder etwas stagniert.
6. Wie steht Deutschland diesbezüglich im internationalen Vergleich da? Hiermit liegt Deutschland im europäischen Mittelfeld. Wenn man jedoch die direkten Nachbarländer, zum Beispiel die Niederlande oder Frankreich, zum Vergleich heranzieht, dann ist dieses Ungleichheitsniveau in Deutschland doch relativ hoch.
7. Welche Maßnahmen könnten ergriffen werden, um die politische Beteiligung von Arbeitslosen oder Personen mit niedrigem Einkommen zu erhöhen? Wenn man von unseren Ergebnissen ausgehend argumentiert, dass es doch die soziale Herkunft ist, die in starkem Maß diesen statistischen Zusammenhang begründet, sind natürlich Maßnahmen sinnvoll, die bereits in Familien beziehungsweise der schulischen Bildung greifen. Die Bildungsunterschiede sollten verringert werden, damit Personen, die von Armut oder Arbeitslosigkeit betroffen sind, sich nicht zurückziehen, sondern sich engagiert im politischen Prozess beteiligen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden  
Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
80. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Dr. Kati Schindler  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Sebastian Kollmann  
Dr. Richard Ochmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Dr. Katharina Wrohlich

#### Textdokumentation

Manfred Schmidt

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74, 77649 Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01806 - 14 00 50 25,  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.